

FUCHS BRIEFE

Der Unternehmerbrief aus der Hauptstadt

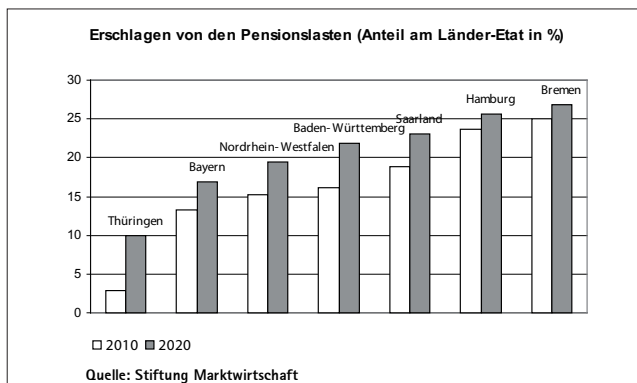
64. Jahrgang | 42

Berlin, 31. Mai 2010

Haushalt

Länder im eisernen Korsett

Die neu im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ist für viele Bundesländer praktisch nicht zu erfüllen. Bis 2020 müssen die Länder ihre Haushalte ausgeglichen haben. Doch der Umfang der damit notwendigen Sparanstrengungen ist enorm. 2009 lag das Defizit der 16 Länder bei 25,5 Mrd. €. Die Neuverschuldung erreichte damit 8,8% des Haushaltsvolumens von insgesamt 289,8 Mrd. €. Bis 2020 müssen also mindestens 25 Mrd. € eingespart werden. Zudem müssen die Länder Vorsorge für die weiter ansteigenden Kosten für Personal und Pensionäre treffen. Sie machen inzwischen etwa 40% ihrer Ausgaben aus.



Trotz der Euro-Krise ist die Dynamik der Neuverschuldung ungebrochen. Im 1. Quartal 2010 stieg der Schuldenberg der Länder um weitere 4 Mrd. € auf 507,6 Mrd. €. Das ist fast die Hälfte der Bundesschulden von 1.030 Mrd. €. Die Schuldenlast ist zudem ungleich verteilt. Im Durchschnitt aller Länder lag der Schuldenstand je Kopf Ende März 2010 bei 6.202 € (Bundesschuld 12.591 €). Am besten stehen die Freistaaten da: Jeder Sachse ist mit 1.563 €, jeder Bayer mit 2.201 € an den Verbindlichkeiten seines Landes beteiligt. Jeder Berliner muss dagegen für 17.126 € und jeder Bremer für 24.713 € geradestehen. Eine deprimierende Bilanz nach Jahrzehnten Länderfinanzausgleich und Berlin-Hilfe.

Das Korsett der Finanzminister ist extrem eng: 95% der Länderausgaben ist gesetzlich vorgegeben, nur im mageren Rest können sie Einsparungen vornehmen. Doch selbst wenn die Einnahmen kräftiger als geplant zulegen, ist die Aufgabe mit dieser Marge schon rein rechnerisch nicht zu schaffen.

Zumal die Zeitbombe der Pensionsverpflichtungen tickt. Die Länder beschäftigen fast 1,3 Mio. Beamte – das sind fast zehn Mal mehr, als im Dienst des Bundes stehen. Da nun die Babyboomer-Generation in den Ruhestand drängt, wächst im nächsten Jahrzehnt die Belastung durch Pensionszahlungen rapide. In den westdeutschen Ländern nimmt der Anteil der Pensionslasten am Haushalt um bis zu einem Drittel zu. In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen gehen 2020 mehr als ein Viertel der Steuereinnahmen für Pensionen drauf. Noch stärker steigen in Ostdeutschland die Pensionslasten. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen verdreifachen sie sich – in Brandenburg vermehren sie sich sogar um das Fünffache. Allerdings gehen die ostdeutschen Länder von einem niedrigen Niveau aus, da sie erst seit 20 Jahren Beamte einstellen.

Schließlich dämpft die Mechanik des Länderfinanzausgleichs die Motivation, die Haushalte in Ordnung zu bringen. Erwirtschaften die finanzstarken Länder – Bayern, Baden-Württemberg und Hessen – Überschüsse im Haushalt, dann kommen sie nicht ihren Bürgern zu Gute. Vielmehr werden sie zum größten Teil in die ärmeren Länder umgelenkt. Dort sinkt in Folge dessen die Motivation, konsequent zu sparen.

- **Fazit:** Strukturell sind die Länderhaushalte nicht zu sanieren, solange Personalausgaben und Beamtenpensionen tabu sind. Zudem bremsen der Länderfinanzausgleich die Bereitschaft der Regierungen zu radikalen Einschnitten. Der Verteilungsstreit zwischen ihnen und dem Bund wird sich weiter verschärfen.

Hauptstadt-Notizen

BERLIN: AUF KURS ZUR GROSSEN KOALITION

Die Umgebung von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* unterstützt Ministerpräsident *Jürgen Rüttgers* in seinem Bemühen, eine große Koalition zustande zu bringen. Die Versuchung dazu ist groß, weil *Guido Westerwelles* Steuer-

Inhalt

- ◆ Unternehmen: Gute-Laune-Nachrichten 2
- ◆ Israel: Allein zu Haus 3
- ◆ Zinsen: Marktüberblick Juni 4
- ◆ Steuern: Doch automatischer Info-Austausch? 5

senkungskurs und die Unbeliebtheit der FDP der Koalition immer schlechtere Umfrage-Ergebnisse einbringen. Zugleich wächst das Konfliktpotenzial in der schwarz-gelben Koalition von der Finanz- bis zur Gesundheitspolitik. In Wiesbaden wird spekuliert, dass *Roland Kochs* Rückzug aus der Politik seinen Grund in Merkels Kurs habe. Er argwöhnt, dass die Kanzlerin eine Gelegenheit sucht, zur großen Koalition zurückzukehren. Koch fürchtet, dies könne der CDU das Rückgrat brechen.

BERLIN: KÖHLER LÄSST MERKEL FARBE BEKENNEN

Nach *Horst Köhlers* Rücktritt muss Kanzlerin *Angela Merkel* Farbe bekennen. Die Bundespräsidentenwahl gilt als Signal für die (gewünschte) Konstellation im Bund. Vor einem Jahr, bei Köhlers Wiederwahl, waren die Mehrheitsverhältnisse für Schwarz-Gelb in der Bundesversammlung knapp. Aufgrund des schlechten Abschneidens der SPD bei der Bundestagswahl hat das liberal-konservative Bündnis nun eine klarere Mehrheit. Nur: Politisch driften beide auseinander. Insofern kettete Köhler die fremdelnden Partner aneinander. Einen SPD-Kandidaten werden CDU/CSU aber nicht zulassen.

WARSAU: SUBVENTIONEN FÜR PRIVATISIERUNG

Polen will ab Anfang 2011 bei sozial schwachen Haushalten 30% der Stromrechnung aus dem Staatshaushalt übernehmen. Das soll die Privatisierung der staatlichen Stromkonzerne zu den erhofften Preisen ermöglichen. Ausländische Investoren zögern bisher, sich zu engagieren, weil viele polnische Haushalte ihre Stromrechnungen nicht bezahlen.

Außenpolitik | Israel

Allein zu Haus

Israel gerät außenpolitisch zunehmend unter Druck und ist immer stärker isoliert. Das Land kämpft derzeit gleichzeitig an mehreren Fronten.

- ◆ **Kurzfristig:** Der Angriff der israelischen Armee auf eine Flotte mit Hilfsgütern in internationalen Gewässern wird ein Nachspiel haben. Bei der Militäraktion waren mehr als zehn Menschenrechtsaktivisten getötet worden. An Bord waren unter anderem deutsche und europäische Politiker. Die Aktion gegen die Blockade des Gaza-Streifens zeigt, dass es für Israel immer schwieriger wird, Unterstützung für seine Politik in den besetzten Gebieten zu erhalten.
- ◆ **Mittelfristig:** Die internationale Gemeinschaft hat das Atompotenzial des Landes im Visier. Bisher hat Israel nur indirekt eingeräumt, Nuklearwaffen zu besitzen. Selbst die Schutzmacht USA trägt nun eine UN-Deklaration für einen atomwaffenfreien Mittleren Osten mit. Die Unterstützung der einflussreichen liberalen jüdischen Lobby in Amerika für Israel

schwindet. Das eröffnet US-Präsident *Barack Obama* Handlungsspielräume für seiner Nahost-Politik.

- ◆ **Langfristig:** Israels größtes Problem aber ist die Demografie. Es wandern kaum noch Menschen in den Judenstaat ein. Die arabischen Familien sind deutlich kinderreicher. Deren Geburtenrate liegt bei 3,9 Kinder je Frau, bei den Juden beträgt sie 2,9.
- ▶ **Fazit:** Viele Israelis fürchten, dass die Zeit für ihre verfeindeten Nachbarn spielt. Das Land braucht eine Strategie, wie es sich mit ihnen versöhnen kann.

Unternehmen

Gute-Laune-Nachrichten

Für Ihre Motivation und die Ihrer Mitarbeiter für Sie zusammengestellt:

- ◆ Trotz der Euro-Krise bleibt der ifo-Geschäftsklimaindex stabil. Die Unternehmen sind mit ihrer **Geschäftslage** genauso zufrieden wie im Vormonat.
- ◆ Die Aufträge im **Maschinenbau** legten im April um 36% gegenüber dem Vorjahr zu. Im Dreimonatsvergleich Februar bis April gab es gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Plus von 27%. Zum guten Ergebnis tragen In- und Ausland gleichermaßen bei.
- ◆ Die **Metall- und Elektroindustrie** steigerte ihren Umsatz im 1. Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahr um 9,5% auf 198,7 Mrd. €. Wachstumsmotor war einmal mehr der Export mit einem Plus von 16,7% und einem Umsatzanteil von 106,7 Mrd. €.
- ◆ Der britische Hometrack-Wohnungsbauindex für den Monat Mai weist gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 2% aus. Die **Immobilienkrise** auf der Insel scheint demnach vorbei zu sein.
- ◆ Im Mai ist das **Verbrauchervertrauen in USA** nach Angaben der Universität Michigan weiter gestiegen. Der Index erreichte 73,6 Punkte und konnte Erwartungen (73,5) und Vormonatswert (73,3) toppen.
- ◆ Deutschlands zweitgrößter börsennotierter **Immobilienkonzern** Deutsche Wohnen kehrte im 1. Quartal 2010 mit 5,2 Mio. € (Vorjahr minus 2,2 Mio. €) in die Gewinnzone zurück. Gründe: 3% höhere Mieten und ein Leerstand von nur 3,1% (4,1%).
- ▶ **Fazit:** Trotz der Ungewissheit um den Euro, nimmt die Konjunktur weiter Fahrt auf.

Unternehmen

China verliert an Attraktivität

Steigende Produktionskosten machen China zunehmend unattraktiv als Billiglohnstandort. Bis 2008,

dem Jahr des Ausbruchs der Finanzkrise, sind die Löhne um jährlich 20% gestiegen. Der Wirtschaftsboom dürfte die Lohnkosten in diesem Jahr erneut um ein Fünftel treiben. Das Überangebot von Arbeitskräften auf dem Lande ist von 200 Mio. Menschen in den 90er Jahren auf unter 50 Mio. geschrumpft. Der zunehmende Mangel an billigen Arbeitern treibt die Löhne in die Höhe.

Auch Produktpiraterie ist ein Riesenproblem für deutsche Unternehmen in China, trotz Bekenntnissen der Regierung zum Copyright. Nach einer Umfrage des Branchenverbands VDMA gehen dem deutschen Maschinen- und Anlagenbau durch Produktpiraterie jährlich 6,4 Mrd. € verloren – Tendenz steigend. Zwei Drittel der Firmen sind betroffen. Die meisten Fälle passieren in China.

Besondere Vorsicht ist in China deshalb bei der Anmeldung von Patenten geboten. *Heinz Nägel*, Geschäftsführer des Pumpenherstellers Feluwa, rät Unternehmen zwar Patente anzumelden, aber die Teile, die der „Clou“ einer Erfindung seien, außen vor zu lassen. Es mache keinen Sinn, in China gegen Kopierer vorzugehen. Chinesen verstehen es nach Konfuzius als Ehre, imitiert zu werden. *Shan Zhai* nennen sie ihre Kopier-Kultur.

Da Arbeitskräfte auch in China anspruchsvoller werden, müssen mittelständische Unternehmen zudem die betriebsinterne Kommunikation ausbauen. Führungskräfte werden stärker in die Zielsetzung der Firma einbezogen, Zahlen immer häufiger offen gelegt. Auch Fortbildung wird angesichts der komplexeren Produktionsprozesse wichtiger. Ein bewährtes Modell: Mitarbeiter unterrichten Mitarbeiter.

Obwohl die Umstände schwieriger werden, bleibt China für den Mittelstand eines der wichtigsten Auslandsziele. Die Milliarden-Investitionen in Straßen, Schienen und Fabriken eröffnen auch kleineren Firmen große Chancen. China schätze faire Partner wie die Deutschen, stellte Wirtschaftsminister *Rainer Brüderle* bei seinem jüngsten Besuch in Peking fest.

- ▶ **Fazit:** Achten Sie bei Ihrem Investment in China darauf, dass ihre Geschäftspläne mit den Gegebenheiten vor Ort in Einklang stehen. Der Spielraum, mit niedrigen Arbeitskosten höhere Kosten in anderen Bereichen aufzufangen, wird immer geringer.

Betrieb | Datenschutz

Wie weit geht Mitarbeiterkontrolle?

Bereiten Sie Ihr Unternehmen darauf vor, dass der Datenschutz für ihre Mitarbeiter ab 2011 neu geregelt wird. Derzeit läuft die interministerielle Bera-

tung zur Ergänzung des Bundesdatenschutzgesetzes. Im Herbst sollen die Anhörungen stattfinden.

Sie können auf ein Gesetz hoffen, dass Ihnen die Arbeit erleichtert, sofern sich das Innenministerium durchsetzt. Das gilt vor allem für Neueinstellungen. Die Novelle soll regeln, welche Fragen bei Vorstellungsgesprächen zulässig sind. Damit wären Sie nicht länger den Interpretationen der Arbeitsgerichte ausgesetzt.

Ortungen Ihrer Beschäftigten per GPS werden zulässig, soweit es der Sicherheit des Betriebs und Ihrer Mitarbeiter dient. So können Sie künftig etwa den Standort Ihrer Lastwagen bestimmen. Eine Ortung des Aufenthaltsortes Ihres Außendienstmitarbeiters via Handy soll jedoch verboten bleiben.

Sie dürfen die Nutzung der Telekommunikation Ihrer Mitarbeiter stichprobenhaft überprüfen. Bei konkreten Verdachtsfällen (z. B. auf Korruption) können Sie natürlich umfassend kontrollieren.

Welche Daten erhoben werden dürfen, sollen Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträge regeln. Dabei gilt die Mitbestimmung Ihres Betriebsrates gemäß § 87 Absatz 1 Nr. 6 des Betriebsverfassungsgesetzes.

- ▶ **Fazit:** Nach einem Jahrzehnt Unsicherheit, was wann wie lange erhoben und gespeichert werden darf, kommt endlich die überfällige gesetzliche Klärung.

In aller Kürze

SCHWEIZ: MEHR AUSLANDSBANKEN

Die Auslandsbanken in der Schweiz, 45% aller Institute, haben die Jagd auf Steuersünder gut überstanden. Anlagen von Nicht-Schweizern bei diesen Banken haben auch 2009 zugenommen – von 940 Mrd. auf 980 Mrd. CHF. Größte Auslandsbank ist die HSBC Private Bank (Suisse SA) gefolgt von der Bank Sarasin & Cie AG. Danach rangieren BSI SA, Deutsche Bank (Suisse) SA, Credit Agricole (Suisse) SA und RBS Coutts Bank AG. Zu den zehn größten Auslandsbanken gehört neuerdings auch die liechtensteinische LGT Bank.

ÄGYPTEN: INFORMATIONEN AUS ERSTER HAND

Ägypten, ein Markt mit 75 Mio. Verbrauchern, sollte Sie interessieren. Kontakte zu 20 Unternehmern, Informationen über Geschäftsaussichten, über die Rechtssituation sowie die Besonderheiten des Landes, erhalten Sie kostenlos am 23. Juni auf dem englischsprachigen „Economic Forum on Egypt“ in München. Anmeldeschluss ist am 17. Juni bei der Industrie- und Handelskammer München, Tel. 089-5116-0, Fax: 089-5116-306, www.muenchen.ihk.de, E-Mail: iszihkmail@muenchen.ihk.de.

Zinsen

Marktüberblick Juni

Basel III soll die Erfahrungen aus der letzten Finanzkrise in praktische Politik ummünzen. Wichtigste Konsequenz der neuen Pläne, die Basel II ablösen werden: Insbesondere die Finanzminister werden zukünftig höhere Zinsen kalkulieren müssen. Die Bankaufseher wollen eine absolute Verschuldungsgrenze für Banken einführen – und zwar auf Basis einer so genannten Leverage Ratio. Dabei wird das Bilanzvolumen ins Verhältnis zum Eigenkapital gesetzt. Auf dieser Grundlage soll eine Obergrenze für Ausleihungen festgelegt werden.

Denn: Selbst wenn ein Banken-Portfolio nur aus AAA-Aktiva besteht, kann es in Stresssituationen sehr gefährlich werden, wenn es für diese keinen Markt mehr gibt. Das zeigte sich in der jüngsten Finanzkrise. Der Clou der Leverage-Ratio: Anders als bei der Berechnung der Mindestunterlegung des Kreditvolumens wird es keine Risikogewichtung geben. Davon haben der bisher vor allem die Staaten profitiert. Weil deren Krediten in der Regel ein nur sehr geringes Ausfallrisiko zugemessen wird, müssen die Banken dafür bisher nur wenig Eigenkapital vorhalten. Durch die Leverage Ratio bindet die Staatsfinanzierung mehr Eigenkapital. Das aber muss die öffentliche Hand mit höheren Zinsen bezahlen.

Umlaufrenditen				
Rendite insgesamt	3-5 J.	5-8 J.	8-15 J.	15-30 J.
2,21	2,03	2,46	2,77	3,31
Durchschnittsrenditen börsennotierter Bundeswertpapiere				

Aufgrund der anziehenden Konjunktur müssten aktuell eigentlich die Renditen in der Eurozone steigen. Doch der Zustrom von Kapital in den „sicheren Hafen“ Deutschland überlagert den Grundtrend. Die deutschen Renditen sinken deshalb noch. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben: Wir gehen davon aus, dass der Trend sich bald umkehrt und es zu einer Renditesteigerung kommen wird.

Kurze Laufzeiten bleiben Trumpf

Vor diesem Hintergrund sind auf der Anlageseite die kurzen Laufzeiten Trumpf. Es sei denn, Sie haben das Bedürfnis, sich langfristig feste Konditionen und Zahlungsströme zu sichern. Diese sind natürlich dann entsprechend den individuellen Notwendigkeiten zu planen.

Bei der Kreditaufnahme haben sich die Risikoprämien nicht mehr sonderlich verändert. Die Bewegungen beschränken sich weitgehend auf den Bereich der von den Schuldenproblemen betroffenen Staaten („sovereigns“) und Banken. Allerdings sind diese Änderungen stark genug, um durch ihr statistisches Gewicht die Indizes zu verschieben. Eine Übertragung auf andere Schuldner ist jedoch nicht erkennbar.

Kontokorrent- und Dispositionskredite		
... für Unternehmen in %		... für Privatkunden in %
mittlere Adressen	5,50	13
erste Adressen	3,0	

Die Hypothekensätze haben weiter nachgegeben. Dahinter steht in erster Linie die fallende Tendenz der Benchmarkrenditen. Sobald sich diese normalisieren, ziehen auch die Hypothekensätze an.

Die Schuldenkrise liefert auch dazu einen Belastungsfaktor: Der Verbriefungsmarkt ist wieder sehr schwach geworden. Das beeinträchtigt die Refinanzierung. Sollte das länger anhalten, könnten in diesem Sektor die Zinssätze steigen.

Hypothekenzinsen				
Zinsbindung in Jahren	5	8	10	15
Hypo-Banken ¹⁾	2,81	3,34	3,49	4,04
Versicherungsges. ²⁾	2,75	3,32	3,50	3,54
¹⁾ Darlehen bis zu 60% des Beleihungswertes, 100% Auszahlung, 1% Tilgung. Die Konditionen gelten für Darlehen ab 75.000 €. Für Darlehen unter 75.000 € wird ein Zinszuschlag von mindestens 0,25% p.a. berechnet.				
²⁾ in Verbindung mit dem Abschluss einer Kapitallebensversicherung, 100% Auszahlung.				
³⁾ anfänglicher effektiver Jahreszins in %.				

Die KfW hat die meisten ihrer Programme angepasst. Hier eine Auswahl, die die Tendenz zeigt:

Angebote der Mittelstandsbank			
Programm	Zinssatz in %	Laufzeit Jahre	Auszahlung in %
Unternehmerkredit KMU-Fenster	4,96	10	96
Unternehmerkredit außerhalb KMU	4,70	10	96
ERP-Regionalmittel	3,34/3,09*	5	100
* West-/Ostdeutschland			

► **Fazit:** Die Voraussetzungen für steigende Zinsen und Renditen sind unverändert vorhanden und werden sich auch durchsetzen.

KAPITALMARKT & STEUERN

Schweiz | Steuern

Doch automatischer Info-Austausch?

Noch ringen Bern und Berlin um den präzisen Wortlaut des Änderungsprotokolls zum deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA). Der genaue Wortlaut soll erst nach der Unterzeichnung veröffentlicht werden. Sicher jedoch ist: Bern leistet dem deutschen Fiskus künftig nicht nur Amtshilfe bei Steuerbetrug, sondern auch bei Steuerhinterziehung.

Die laufende Tagung der OECD-Minister in Paris verschärft zudem den Druck auf Bern. Dort steht eine stark verschärfte Konvention über gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen auf der Agenda. Danach müssten die Vertragspartner gegenseitig den automatischen Informationsaustausch einführen. Die Steuerbehörden dürften selbst im Ausland kontrollieren oder mit der ausländischen Finanzverwaltung Steuerprüfungen vornehmen. Angesichts des Drucks schwindet in der Schweiz der Widerstand gegen einen automatischen Informationsaustausch. Der könnte dann auch Altfälle betreffen!

Viele Schweizer Politiker sowie Banken mit Auslandsgeschäft fürchten die internationale Ächtung – was gemeinhin auch hohe Geldabflüsse nach sich zieht. Sie sind deshalb zunehmend handzahn. Außerdem wollen viele Schweizer Banken einen erweiterten Marktzugang in Deutschland und anderen EU-Ländern. Höchstens eine Volksabstimmung könnte den Prozess noch stoppen. Dass das Quorum von 50.000 Unterschriften zustande kommt, ist wahrscheinlich.

Derzeit arbeitet eine deutsch-schweizer Arbeitsgruppe an Lösungen zu folgenden offenen Fragen:

- ◆ Die möglichst vollständige Besteuerung aller Vermögenswerte deutscher Bürger bei Schweizer Banken.
- ◆ Erfassen laufender Kapitaleinkünfte deutscher Staatsangehöriger durch eine Abgeltungsteuer.
- ◆ Erfassen deutscher Vermögen in der Schweiz, die der Erbschaft- oder Schenkungssteuer unterliegen.
- ◆ Geordnete Abwicklung von Altlasten, bspw. durch Amnestielösungen.
- ▶ **Hinweis:** Weitere Informationen auf dem 3. isa-Kongress (23.-25.9. auf Mallorca / www.isa-international.org). Auskünfte bei RA Dr. iur. HSG Thomas Gehrig, GLOBOGATE AG, Telefon +41-41 619 00 70, E-Mail: info@globogate.org

Diamantmarkt

De Beers fährt Förderung zurück

Angesichts fallender Preise für Diamanten will der südafrikanische Konzern De Beers 2011 seine Förderung von derzeit 48 Mio. auf 40 Mio. Karat herunterfahren. Damit hofft De Beers die Wirtschaftskrise besser zu überstehen. Das dürfte den Marktanteil des Konzerns weiter schmälern. Der ist in den vergangenen Jahren von 80% auf 45% der weltweit geförderten Diamanten zurückgegangen. Aber auch andere Diamantenproduzenten denken über Produktionseinschränkungen nach. Die Anbieter folgen mit der Angebotsverknappung der geringeren Nachfrage. Nur in China und Indien ist die Kauflust nach Diamanten noch ungebrochen. Die Preise in US-Dollar für geschliffene Diamanten ab einem Karat in guter Qualität sind im Euroraum um 6% bis 8% gestiegen. Die Preissteigerungen basieren weitgehend auf dem schwachen Kurs der Gemeinschaftswährung. Die Nachfrage nach Diamanten ist in Europa um bis zu 50% niedriger als vor der Wirtschaftskrise.

- ▶ **Fazit:** Die Zeiten, als Diamanten zur Vermögenssicherung gekauft wurden, scheinen zumindest vorerst vorbei zu sein. Die aktuellen Diamantmarktpreise finden Sie auf www.fuchsbrieft.de/Wissenswertes

Steuern | Geldanlage

Österreich zieht die Zügel an

Österreich macht Ernst mit der Jagd auf Steuersünder und weitet die Prüf- und Meldepflichten aus. Von der Gesetzesänderung, die ab 1. Juli in Kraft treten soll, werden auch deutsche Kunden betroffen sein. Sie müssen dann mit stark erweiterten Kontrollen und auch mit Verdachtsmeldungen rechnen.

De facto verschärft Österreich die Bewertung von Steuerhinterziehung und rückt dieses Delikt noch weiter in Richtung Geldwäsche. Das hat der Nationalrat in Österreich am 20. Mai in seiner Neuregelung der Geldwäschebestimmungen beschlossen. Darauf deuten die beschlossenen Einzelmaßnahmen hin. Im Detail:

- ◆ Die Schwelle für Verdachtsmeldungen wird weiter abgesenkt und die Meldepflicht deutlich ausgeweitet. Auch der Katalog der strafbaren Handlungen wurde verlängert. So besteht eine Meldepflicht schon dann, wenn vermutet wird, dass das Vermögen aus

einer strafbaren Handlung im Volumen von 3.000 € stammt (z. B. Diebstahl).

- ◆ Auch „unübliche“ Transaktionen (bspw. hohe Beträge oder das Fehlen eines wirtschaftlichen Zwecks) müssen künftig geprüft werden.

Mit seinem Vorstoß bringt Österreich einen Stein ins Rollen, der auch in anderen europäischen Ländern Folgen haben dürfte. Unsere südlichen Nachbarn sind die ersten, die den Prüfbericht der Financial Action Task Force (FATF) nutzt, schärfer gegen Steuersünder vorzugehen. Andere Steueroasen werden folgen.

Der geographische Handlungsspielraum der Steuersünder wird damit immer kleiner. Das spüren auch die Banken in den Fluchtländern. So fordern inzwischen einige Schweizer Banken wie die UBS ihre Kunden aktiv dazu auf, sich beim heimischen Finanzamt selbst anzuzeigen. Damit verfolgen die Institute das Ziel, diese Personen nach dem Schritt in die Legalität als Kunden zu halten und so einen milliardenschweren Kapitalabfluss zu vermeiden.

- ▶ **Fazit:** Auch die anderen EU-Länder werden ihre Kontrolle verschärfen. Steuerhinterziehung rückt dabei immer weiter in Richtung Geldwäsche. Die Zahl der Selbstanzeigen wird in den kommenden Jahren unabhängig vom Kauf gestohlener Daten-CDs noch stark zunehmen.
- ▶ **Hinweis:** Viele Betroffene sind wegen des heiklen Themas verunsichert und wissen nicht, ob sie sich auf eine Selbstanzeige einlassen sollen. Im FUCHS-Aktuell „Selbstanzeige. Ein Praxisleitfaden“ beantworten wir Ihre Fragen. Welche Chancen und Risiken gibt es? Worauf gilt es zu achten? Welche Gestaltungsoptionen gibt es, um die Steuernachzahlung zu minimieren? Bestellungen unter www.fuchs-briefe.de oder Tel. 030 28 88 17 20.

cky, zuständig für Zeitgenössische Kunst bei Grisebach. Und gerade wenn Highlights am 4. Juni zum Aufruf kommen, kann es im Auktionssaal turbulent werden. Unter Rekordverdacht stehen Werke von *Gerhard Richter*, darunter ein „Abstraktes Bild“ zum Schätzpreis von 300.000-400.000 €, das Ölgemälde „Grey Fold“ des berühmten irisch-amerikanischen Malers *Sean Scully*, Taxe 350.000-450.000 € oder ein großformatiges Ölgemälde von *Per Kirkeby*, Schätzung 120.000-160.000 €.

Seltenheitswert wie eine „Blaue Mauritius“ besitzt Franz Marcs farbintensives Werk „Rotes und blaues Pferd“ von 1912 in einer seltenen Mischtechnik. Die Studie zu einem Gemälde Marcs im Münchner Lenbachhaus stammt aus einer deutschen Privatsammlung und ist auf 150.000-200.000 € geschätzt. Darüber hinaus gibt es Originale von *Gustav Klimt*, *Egon Schiele*, *Gabriele Münter*, *Otto Mueller* und anderen. Herausragend: *Alexej von Jawlenskys* großformatiger „Abstrakter Kopf: Letzte Strahlen“ von 1931, der mit 250.000-350.000 € angesetzt ist.

Ein Spezialkatalog mit 180 Losnummern widmet sich Ikonen moderner Fotografiegeschichte. Zu den Raritäten gehören eine humorvolle Momentaufnahme des Bauhaus-Künstlers *Josef Albers* von 1930 (10.000-12.000 €), ein Konvolut privater Photographien *Man Rays* und anderer Avantgardisten wie *Helen Levitt*, *Alexander Rodtschenko* oder *László Moholy-Nagys*.

- ▶ **Fazit:** Für Kunstsammler und -interessierte ist die Frühjahrsauktion bei Grisebach Pflichtveranstaltung. Große Offerten stimmen die Erwartungen der Auktionäre zuversichtlich.
- ▶ **Hinweis:** Noch bis zum 2. Juni sind alle Werke der fünf Auktionen an den Standorten der Berliner Villa Grisebach, Fasanenstrasse 25, 28 und 73 ausgestellt. Öffnungszeiten und Auktionszeiten finden Sie unter www.villa-grisebach.de/de/termine.

Kunstmarkt

Grisebach auf Erfolgskurs?

Die Berliner Villa Grisebach schaut zuversichtlich auf die anstehende Frühjahrsauktion. Sie findet vom 3.-5. Juni statt. Schon die Herbstauktion 2009 zeigte mit einem Gesamtumsatz von 13,4 Mio. €, dass der Spitzenmarkt moderner und zeitgenössischer Kunst wieder in Fahrt kommt – und zwar wegen der Krise. Sachwerte stehen hoch im Kurs.

Hohe Qualität verbunden mit konservativen Schätzungen sind die besten Voraussetzungen für herausragende Ergebnisse. Das meint *Daniel von Scha-*

In aller Kürze

EUROZONE: 1.370 MRD. € ANLEIHEN 2010

Die Euro-Länder bringen in diesem Jahr voraussichtlich Staatsanleihen im Volumen von 1.370 Mrd. € auf den Markt. Das entspricht einem Anstieg der Emissionen von 40% gegenüber dem Vorjahr. Größter Emittent wird Italien sein mit 250 Mrd. €, gefolgt von Deutschland mit 220 Mrd. € und Frankreich mit 188 Mrd. €. Es folgen Spanien mit 97, Griechenland mit 55 und die Niederlande mit 50 Mrd. €. Die Gruppe mit dem geringsten Finanzbedarf führt Belgien mit 33 Mrd. € an, vor Österreich und Irland mit je 25, Portugal mit 21 und Finnland mit 16 Mrd. €.